

Solidarität als widerständige Beziehungsweise und kritisches Prinzip emanzipativer Bildung

Lukas Eble

Zusammenfassung

Der Beitrag nimmt sich den in aktuellen gesellschaftlichen Debatten vielgenutzten Begriff der ‚Solidarität‘ vor und erörtert ihn historisch-systematisch vor dem Hintergrund herrschafts- und machtkritischer Bildungstheorie und -arbeit. Solidarität wird dabei als spezifische, widerständige Beziehungsweise gefasst und möchte sie so emanzipativen Diskussionen und Reflexionen zugänglich machen. Leitend ist dabei die Frage, inwiefern sich Solidarität als Maßstab und Zielsetzung für eine kritisch emanzipative (Erwachsenen-)Bildung eignet.

Solidarität als widerständige Beziehungsweise und kritisches Prinzip emanzipativer Bildung

Lukas Eble

Solidarität – Bildungstheorie – Emanzipation – Beziehungsweise – Gegenbewegung

Vor etwa 20 Jahren formulierte Klaus-Peter Hufer – entgegen den Tendenzen im disziplinären Diskurs – die Hoffnung auf eine Wiederbelebung der „Zielidee Solidarität und Gerechtigkeit“ für die politische Erwachsenenbildung (Hufer 2003, S. 125). Mit dem Begriffspaar ‚Solidarität und Empathie‘ wollte er einen Impuls gegen die Ökonomisierung und Neoliberalisierung des sozialen Rechtsstaats sowie weiterer Lebensbereiche setzen (Hufer 2003, S. 126); zuvor hatte bereits Oskar Negt (2001a) eine neuerliche Diskussion angeregt. Beide knüpfen mit ihren Einsprüchen an Ende der 1960er Jahre einsetzende, emanzipatorische Diskussionsstränge der Erziehungs- und Bildungswissenschaft an (Zeuner 2012; Bernhard 2012), in denen der Begriff der Solidarität zwar umfangreich genutzt wurde, insbesondere in seiner adjektivierten Form, eine grundlegende Verständigung über dessen Bedeutungsgehalt aber eher die Ausnahme blieb (Pfützner 2017, S. 36–37). Gesellschaftspolitisch betrachtet, fällt die in Hufers Aussage implizierte Forderung in einen Zeitraum, in dem sich der sog. Neoliberalismus als ‚alternativlose‘ Ideologie in vollem Umfang in allen Lebens- und Bildungsbereichen in Deutschland durchsetzt und die Debatten

um die damit kompatible bildungspolitische EU-Strategie des ‚Lifelong Learnings‘ Fahrt aufnehmen, die im Rahmen der Lissabon-Strategie zur Sicherung und Steigerung europäischer Wettbewerbsfähigkeit ausformuliert wird (Borg & Mayo 2004; Pongratz 2010, S. 153–166; Klingovsky 2013).

Der Impuls, so meine Interpretation an dieser Stelle, die Bedeutung von Diskursen zur Zielsetzung von Erwachsenenbildung unter dem Referenzpunkt Solidarität zu stärken und Bildung als eine individuelle und kollektive „Gegenbewegung“ (Zeuner 2020, S. 07–3) in Position zu bringen, versandete; die von Hufer befürchteten Entwicklungen entfalteten sich hingegen in den darauffolgenden Jahren stetig und schwächten die „solidarische[n] Bindekräfte“ nachhaltig, nicht zuletzt aufgrund von verschärften existenziellen Exklusionsängsten (Negt 2001a, S. 1, S. 7). In Bezug auf den Bereich der (Erwachsenen-)Bildung ist – neben der Orientierung an ‚employability‘ – bspw. an eingeführte Projektlogiken, inkl. entsicherter Arbeitsverhältnisse, Verringerung der strukturellen Grundsicherung, Managerialisierungen der Weiterbildungsorganisationen und eine damit verbundene, abstrakte Qualitätssicherung, eine affirmative Kompetenzorientierung, protegiert durch die Europäische Union (EU) und die Organisation für wirtschaftliche Zusammenarbeit und Entwicklung (OECD), zu erinnern; auf der theoriesystematischen Ebene werden die eingreifenden, kritischen Subjekte durch die Idee ‚gemachter‘ Subjekte ersetzt oder sie verschwinden sogleich.

In der gewerkschaftlichen Bildungsarbeit ist Solidarität nach wie vor ein Schlagwort, das sowohl als Zielstellung wie auch als propagiertes